

sicher nicht attraktiver, und so senden wir auch kein positives Signal an den Lehrernachwuchs.

Die in diesem Gesetzentwurf vorgesehene Verlängerung der Befristung der Möglichkeit, dass sich Lehrer berufsbegleitend für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung weiterbilden können, bietet aus meiner Sicht keinen Anlass für eine Kontroverse. Als Baustein innerhalb eines breiten Mosaiks ist diese Maßnahme sehr lobenswert. Natürlich sollten die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, die entsprechenden Fachleiterstellen eingerichtet und die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten auskömmlich finanziert werden. Wenn das Angebot gut genutzt wird, muss es perspektivisch ausgebaut werden.

Ich möchte meine Rede nutzen, um auf einen Maßnahmenkatalog des Stifterverbandes hinzuweisen, der heute Morgen veröffentlicht wurde. Dort geht es explizit um das Thema „Lehrkräftebildung“, um verbindliche Kooperationsstrukturen bei den verschiedenen Ausbildungsbereichen und darum, dass es mehrere alternative Wege in das Lehramt geben müsse und Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für den Beruf bereitgehalten werden müssten.

Wir harren der Dinge und warten ab, was die Landesregierung 2025 zur Evaluation der Lehrerausbildung zu berichten hat. Sie sind reichlich spät dran. Wichtig und interessant ist für uns vor allem, welche Maßnahmen Sie ergreifen, um die strukturellen Mängel nicht nur in der Sonderpädagogik, sondern in der Lehrerausbildung insgesamt nachhaltig anzugehen. Die Zahlen sind dramatisch genug. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/6883 an den Ausschuss für Schule und Bildung. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehe, komme ich noch einmal auf die gestrige Beratung des Einzelplans 07 zum Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1 zurück.

Ich habe, wie ich gestern schon angekündigt habe, das vorläufige Protokoll hinsichtlich des Redebeitrags des Abgeordneten Herrn Schalley von der Fraktion der AfD gesichtet und komme zusätzlich zu meiner gestrigen Äußerung und Mahnung zu der

folgenden Ordnungsmaßnahme: Herr Abgeordneter Schalley, ich spreche Ihnen hiermit eine nichtförmliche Rüge aus.

Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag zum Einzelplan 07 im Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ auch zu staatlich geförderten Beratungsstellen für Frauen und Familien in Konfliktsituationen herabwürdigend und unparlamentarisch geäußert. Ich finde, dies ist der Würde des Hauses nicht angemessen. Ich werde die Äußerung hier nicht wiederholen. Herr Abgeordneter Schalley, ich ermahne Sie erneut und bitte Sie, Derartiges zukünftig zu unterlassen.

Jetzt kommen wir zu:

#### **4 Feuerwehrleute nicht im Stich lassen: Die Altersgrenze 60 muss bleiben!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/6761

In Verbindung mit:

**Hände weg von der Altersgrenze! Den besonderen Belastungen im Feuerwehrdienst muss Rechnung getragen werden**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6854

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Abgeordnetenkollegen Herrn Lürbke das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Draußen vor dem Landtag frieren unsere Feuerwehrleute in einer Mahnwache, weil sie das Vertrauen in diese Landesregierung verloren haben. Ich habe in den letzten Wochen mit vielen Feuerwehrleuten gesprochen. Sie sind nicht nur sauer, sondern tief enttäuscht und voller Sorge. Denn die durch Schwarz-Grün geplante Erhöhung der Altersgrenze ist schlicht respektlos, sie ist ungerecht und ist auch fachlich nicht begründet.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Unsere Feuerwehrleute erbringen Leistungen am Limit. Sie haben Wertschätzung und Respekt für ihre Aufgabe verdient. Sie erwarten zu Recht, dass man ihnen den Rücken stärkt und nicht wie Schwarz-Grün hier in den Rücken fällt.

Deswegen kann ich Sie nur mit Nachdruck auffordern, Herr Innenminister Reul: Nehmen Sie die Sorgen der vielen Feuerwehrleute im Land ernst! Stoppen Sie Ihr Vorhaben! Hände weg von einer Erhö-

hung der Altersgrenze! Bei der Feuerwehr muss mit 60 Feierabend bleiben.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ihre geplante Anhebung ist nicht nur Ausdruck mangelnden Respekts, sondern waschechter Wortbruch. Sie gibt auch fachlich keinen Sinn. Denn mit der geplanten Änderung bekämpft man doch keinen Fachkräftemangel, wie Sie behaupten. Die Argumentation ist nahezu absurd. So macht man nur eines: Man macht die Attraktivität dieses Berufs kaputt. Man macht am Ende auch unsere Feuerwehrleute kaputt, die irgendwann einfach nicht mehr können.

Das ist doch kein Job wie jeder andere. Die Belastungen sind enorm: 24-Stunden-Dienste, also rund um die Uhr im Dienst. Extremsituationen schwingen immer mit. Die Konfrontation mit Sterben, mit Tod und Leid belastet massiv, zudem die körperlichen Anforderungen, die einen immer wieder an persönliche Leistungsgrenzen bringen.

Was machen denn die ständigen 24-Stunden-Dienste und mehr als 48 Stunden jede Woche auf Dauer mit einem? Irgendwann ist der Akku einfach leer. Nach einer Studie der Universität Hamburg sterben Feuerwehrleute ca. zehn Jahre früher als der Durchschnitt der männlichen Bevölkerung.

Wenn ein Feuerwehrmann 40 Jahre lang in einer 48-Stunden-Woche gearbeitet hat, dann hat er schon rein rechnerisch zum Beispiel gegenüber einem Verwaltungsbeamten bis zur Pension in vielen Fällen rund zehn Jahre mehr gearbeitet. Obwohl Sie das wissen, wollen Sie die Axt an die Altersgrenze legen. Ich sage Ihnen: Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Feuerwehrleute und einfach ungerecht. Genauso empfinden das auch unsere Feuerwehrleute im Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Herr Abgeordneter Lürbke.

**Marc Lürbke (FDP):** Ich würde gerne fortfahren.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Es gibt eine Zwischenfrage. Sie möchten gerne fortfahren, okay.

**Marc Lürbke (FDP):** Liebe Abgeordnete von CDU und Grünen, wenn Sie das wirklich durchziehen wollen, dann sollten Sie bitte aufhören, in Ihren üblichen Redebeiträgen etwas von Wertschätzung für unsere Einsatzkräfte zu erzählen. Das glaubt Ihnen dann keiner mehr.

Unsere Feuerwehrleute brauchen Respekt und Wertschätzung nicht nur in Sonntagsreden von CDU

und Grünen, sie brauchen sie auch in praktischer Politik.

(Beifall von der FDP)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich glaube, ich bin einigermaßen fit. Ich habe mich bei einem 24-Stunden-Dienst, den ich mal komplett begleitet habe, in voller Montur mit Atemschutz auf eine Endlosleiter gestellt. Ich glaube, die Feuerwehrleute um mich herum hatten reichlich Spaß dabei, mich schwitzen zu sehen, aber ich, ehrlich gesagt, weniger. Denn das ist so anstrengend, das kann man sich kaum vorstellen.

Wer also glaubt, dass man mit über 60 im Notfall und Einsatz mit 30 kg Ausrüstung durchs Treppenhaus hoch bis in den 17. Stock sprinten kann, der soll das doch bitte einmal selbst machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün, ich kann Sie nur ermuntern. Gehen Sie in die Wache bei sich vor Ort und machen das einfach mal. Ich verspreche Ihnen, die Diskussion, ob die Erhöhung der Altersgrenze

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie sind natürlich der Einzige, der sich auskennt! Ganz bestimmt, Herr Kollege! Sie sind der Feuerwehrmann!)

– Zitat – „vertretbar“ ist, wie der Minister das im Ausschuss genannt hat, ist dann ganz schnell eine andere.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Warum legen Sie überhaupt so einen Eifer an den Tag? Das ist weder fachlich sinnvoll noch irgendwie geboten. Das OVG hat 2022 in seiner Entscheidung die Altersgrenze gar nicht infrage gestellt. Herr Minister, verstecken Sie sich bitte nicht hinter juristischen Zwängen.

Die Wahrheit ist: Schwarz-Grün will das offenbar. Die Koalition hält die Erhöhung der Altersgrenze für eine gute Idee. Sie sagten selbst im Ausschuss, Sie fänden das vertretbar.

Wir als FDP sagen Ihnen klar: Nein, das ist nicht vertretbar. Damit wird vielmehr das Vertrauen unserer Feuerwehrleute mit Füßen getreten. Deshalb stoppen Sie bitte dieses Vorhaben sofort!

(Beifall von der FDP und Christina Kampmann [SPD])

Schwarz-Grün steht hier nicht nur im wahrsten Sinne komplett auf dem Schlauch. Nein, Ihr Job wäre es, unsere Einsatzkräfte stärker zu unterstützen, anstatt ihnen in den Rücken zu fallen.

Deshalb noch einmal: Hände weg von einer Erhöhung der Altersgrenze! Bei der Feuerwehr muss mit 60 Jahren Feierabend bleiben.

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Alles andere wäre Ausdruck fehlenden Respekts gegenüber allen Feuerwehrleuten im Land. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Sie schauen so, als ob Sie dem Wunsch nach einer Zwischenfrage doch noch stattgeben wollten. Soll ich das so verstehen?

**Marc Lürbke (FDP):** Na klar.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Ach so. Ich hatte es eben anders aufgefasst. Aber dann machen wir das doch. – Herr Mostofizadeh, Sie haben das Wort.

**Mehrdad Mostofizadeh\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – In einem bemerkenswerten Aufsatz von Juni oder Juli dieses Jahres äußert sich der Bundesvorsitzende der FDP, der auch Bundesfinanzminister ist, dahin gehend, dass die Rente mit 63 eine Stilllegungsprämie für Fachkräfte sei. Er bezieht da unter anderem Dachdecker oder auch Pflegefachkräfte mit ein. Sind Sie der Meinung, dass Pflegefachkräfte bis 70 arbeiten sollten, dies aber Feuerwehrleuten nur bis 60 zuzumuten ist?

(Zurufe von der SPD: Oh! – Gordan Dudas [SPD]: Boah, ist der übel!)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Sie haben das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Es macht mich fast sprachlos, Herr Kollege, dass Sie diesen Vergleich ziehen. Im Übrigen haben Sie mir nicht zugehört. Denn was unsere Feuerwehrleute hier im Land allein durch 24-Stunden-Dienste und eine 48-Stunden-Woche – oft arbeiten sie noch viel mehr als 48 Stunden die Woche – leisten, ist rein rechnerisch schon mehr. Eigentlich müssten wir nicht über eine Erhöhung der Altersgrenze, wie Sie sie vorhaben, reden, sondern über eine Verringerung der Altersgrenze. Das wäre eigentlich rechnerisch geboten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der SPD – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Für die Fraktion der SPD hat nun die Abgeordnetenkollegin Frau Kavena das Wort.

**Anna Kavena (SPD):** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Zuschauertribüne! Für mich ist es heute eine besondere Ehre, zu einem Thema zu sprechen, das die Feuerwehr aktuell sehr aufwühlt und auch verunsichert.

Die derzeitigen Pläne der schwarz-grünen Landesregierung, die Altersgrenze für den Ruhestand von 60 Jahren auf bis zu 62 Jahre anzuheben, ist nicht nur ein absoluter Vertrauensbruch für die Einsatzkräfte unserer Feuerwehren, sondern auch ein alarmierendes Zeichen von Ignoranz gegenüber den Menschen, die täglich ihr Leben riskieren, um unsere Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall von der SPD und der FDP)

In der Feuerwehr gehören eine 48-Stunden-Woche, jahrzehntelange Schichtarbeit und Einsätze an Sonn- und Feiertagen zur alltäglichen Herausforderung. Hinzu kommen die körperlichen und psychischen Belastungen, denen Feuerwehrbeamte im Einsatzdienst ausgesetzt sind. Verkehrstote, Brandopfer, Menschen, die sich das Leben genommen haben – all das sind Situationen, in denen die Feuerwehr gerufen wird und die nicht selten neben der Gefahr für das eigene Leben auch eine gesundheitliche Belastung im Alltag werden.

Betrachtet man die gesamte Lebensarbeitszeit, wird deutlich, dass Feuerwehrleute bis zu sieben Jahre mehr arbeiten als andere Beamte mit einer 41-Stunden-Woche. Dieser Beruf bringt eine hohe Wochenarbeitszeit und 24-Stunden-Dienste mit sich.

Doch statt dafür Anerkennung zu erhalten, werden unsere Feuerwehrleute noch mit einer Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit gestraft. Was ist das für ein Zeichen? Was für ein Zeichen wollen wir eigentlich setzen? Wo ist der gebührende Dank an die Einsatzkräfte?

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehr ist sicher nicht durch die Anhebung der Altersgrenze gesichert. Das ist fahrlässig und schafft keine Anreize für unsere Nachwuchskräfte. Sie argumentieren bei der Erhöhung des Renteneintrittsalters damit, dass Sie dem Fachkräftemangel entgegenwirken wollen. Was ist das für ein absurdes und kurz gedachtes Argument? Wir müssen den Feuerwehrberuf attraktiver machen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, weil er dann für junge Menschen und diejenigen, die sich für die Feuerwehr begeistern, attraktiver wird.

Die geringe Wertschätzung, die mit Ihrem Gesetzentwurf und der geplanten Erhöhung des Renteneintrittsalters verdeutlicht wird, ist im Hinblick auf das Funktionieren unserer Gesellschaft und für die Feuerwehr mehr als inakzeptabel.

(Beifall von der SPD)

Unsere Innenpolitik muss den Fokus auch auf das Wohlergehen unserer Einsatzkräfte legen und nicht darauf, den bequemen Weg zu gehen. Das geht nur mit sozialpolitischen Ansätzen. Deswegen sage ich: Ohne Sozialpolitik gibt es keine starke Innenpolitik.

(Beifall von der SPD)

Die Feuerwehr will diese Erhöhung der Altersgrenze nicht. Wenn man mit den Menschen da draußen, die 24 Stunden vor dem Landtag protestiert haben, ins Gespräch gehen würde, statt sich in den Büros zu verbarrikadieren, wüsste man, was wirklich von der Politik gefordert wird.

(Beifall von der SPD und der FDP – Thomas Schnelle [CDU]: Was soll das denn? Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Warum konzentriert sich die schwarz-grüne Landesregierung nicht darauf, Hand und Hand mit der Feuerwehr Lösungen für die Zukunft der Feuerwehr zu erarbeiten?

(Beifall von der SPD)

Wer Lösungen finden will, der bewegt sich aus dem Landtag raus

(Unruhe – Glocke)

und findet sie durch Gespräche mit den Feuerwehrbeamten.

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Frau Kollegin, ganz kurz. – Darf ich um Ruhe bitten, damit die Abgeordnetenkollegin, die hier gerade das Wort hat, in aller Ruhe ihren Beitrag leisten kann? – Danke.

**Anna Kavena (SPD):** Danke schön. – So können schon kleine Stellschrauben gedreht werden, um eine große Wirkung zu erzielen – zum Beispiel die Erhöhung der Kapazitäten in den Ausbildungsstätten oder die Erhöhung der Angebote der Weiterbildung zum Gruppenführer.

Herr Innenminister Reul, es ist Ihre Aufgabe, Lösungen für die Feuerwehr zu erarbeiten und mit den Feuerwehrbeamten ins Gespräch zu kommen.

Aber fangen wir doch an, um es der Landesregierung etwas einfacher zu machen: Wir fordern eine rechtsichere einheitliche Altersgrenzenregelung von 60 Jahren für sämtliche Feuerwehrbeamten ohne Differenzierung nach Laufbahngruppen. Denn die 60 muss bleiben!

(Beifall von der SPD)

Noch eine persönliche Anmerkung an Herrn Innenminister Reul: Sie verteilen hier in NRW kleine hübsche Pins,

(Die Rednerin hält einen Pin hoch.)

auf denen „NRW zeigt Respekt“ für unsere Blaulichteinsatzkräfte steht. Aber wer A sagt, muss auch B sagen. Hübsche Pins zu verteilen, von Respekt zu reden, aber nicht zu handeln ...

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Ihre Redezeit, Frau Kollegin.

**Anna Kavena (SPD):** Ich komme zum Ende.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Ich bin schon sehr nachsichtig gewesen, weil ich Sie kurzzeitig unterbrochen hatte. Kommen Sie jetzt aber wirklich zum Schluss.

**Anna Kavena (SPD):** Okay. Alles klar. – Herr Reul, wenn dieser Pin

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Gordan Dudas [SPD]: Was ist daran so lustig?)

ein Symbol des Respekts sein soll, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie die Arbeit der hauptamtlichen Feuerwehr respektieren und Wertschätzung zeigen.

(Zurufe)

Und die 60 muss bleiben!

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Jetzt ist wirklich Schluss.

**Anna Kavena (SPD):** Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Frau Kollegin Kavena, Sie haben Ihre Redezeit ziemlich massiv überschritten. Ich hatte Sie ermahnt.

(Anna Kavena [SPD]: Ich bitte um Entschuldigung!)

– Okay. – Aber eines möchte ich doch noch mal zur Klarheit für alle Kolleginnen und Kollegen sagen: Das Hochhalten von Transparenten, irgendwelchen Stickers und, und, und ist nicht erlaubt. Ich bitte Sie, diese Ordnung hier wirklich zu berücksichtigen. Das geht gar nicht.

Jetzt hat der Abgeordnetenkollege Herr Schnelle für die Fraktion der CDU das Wort.

**Thomas Schnelle (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kavena, ich habe es gerade schon als böswillige

Unterstellung empfunden, dass Sie hier sagen, wir würden nicht mit den Feuerwehrfrauen und -männern diskutieren. Ich bin seit Wochen in den Wachen unterwegs und habe mit vielen Gesprächen geführt – nicht nur mit den Gewerkschaften, nicht nur mit den Interessenverbänden, sondern auch mit den Kräften vor Ort. Da wird sehr viel sachlicher diskutiert, als Sie das gerade hier im Plenum gemacht haben.

(Beifall von der CDU)

Noch eines vorweg: Lieber Marc Lürbke, ich lasse mir von dir auch nicht den Respekt vor unseren Feuerwehrfrauen und -männern absprechen, wie du es gerade hier in deiner Rede versucht hast. Das war schon sehr populistisch.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Nein.

(Weiterer Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Nein. Welchen Respekt habt ihr denn dann vor der Polizei? Das frage ich jetzt einmal. Aber dazu komme ich nun in meiner Rede.

Der wichtigste Punkt – und das ist gerade in allen Reden gesagt worden – ist: Die Feuerwehrfrauen und -männer in den hauptamtlichen und beruflichen Feuerwehren leisten neben den vielen dort ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften einen enormen Beitrag für die Sicherheit in unserem Land. Das ist vollkommen unstrittig. Sie löschen Brände, retten Personen und Tiere aus Gefahrenlagen, leisten in vielen Städten den Rettungsdienst und vieles mehr – und dies, wie gerade schon mehrfach gesagt, in 24-Stunden-Schichten. Sie setzen in Gefahrensituationen ihr Leben und ihre Gesundheit ein.

Es ist unstrittig, dass diese Belastungen und Herausforderungen im Dienst Berücksichtigung bis hin zu einem deutlich früheren Eintritt in die Rente finden müssen.

Allerdings stehen auch die Feuerwehrfrauen und -männer im feuerwehrtechnischen Dienst nicht außerhalb der Entwicklungen in unserer Gesellschaft mit ihren weitreichenden Verbesserungen bei der Gesundheit der Menschen und einer Steigerung der Lebenserwartung. Diese Entwicklungen haben in allen anderen Berufsgruppen zu einem späteren Erreichen des Rentenalters geführt. 2007 wurde durch die Große Koalition auf Bundesebene die Rente mit 67 beschlossen. Der Anstieg begann 2012. Somit werden demnächst auch die Kräfte in den Werksfeuerwehren oder angestellte Rettungssanitäter und Notfallsanitäter in den Rettungsdiensten bis 67 Jahre ihren Dienst versehen müssen.

In NRW wurde bereits 2003 durch die damalige Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Eintritt in den Ruhestand für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte von 60 Jahren auf 62 Jahre

erhöht – bzw. für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die 25 Jahre im Wechselschichtdienst sind, auf 61 Jahre. Kräfte in Spezialeinheiten oder Polizeihundertschaften gehören hierzu zum Beispiel nicht und müssen bis 62 Jahre ihren Dienst verrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, die Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst werden es sicherlich ein bisschen als Hohn empfunden haben, als Sie sich gestern hingestellt und gesagt haben: Die 60 muss bleiben!

Das OVG-Urteil vom 9. Juni 2022 hat keine Ausführungen zum Eintrittsalter in den Ruhestand gemacht; das ist richtig. Es hat lediglich die Regelung darüber, wer zum feuerwehrtechnischen Dienst bzw. zur Feuerwehr gehört, für nichtig erklärt. Hier muss nun eine bestandskräftige Regelung gefunden werden.

Die Landesregierung hat einen ersten Entwurf hierzu in die Verbändeanhörung gegeben. Im Innenministerium ist noch mal darüber diskutiert worden. Wir haben ja noch gar keinen bekannten Entwurf, den die Landesregierung hier eingebracht hat.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Herr Abgeordneter Schnelle ...

(Thomas Schnelle [CDU] schüttelt den Kopf.)

Sie möchten weiterreden. Es gibt eine Zwischenfrage. Aber okay.

**Thomas Schnelle (CDU):** Ich möchte zu Ende reden. – Sobald der Gesetzentwurf hier in den Landtag eingebracht worden ist, können wir uns im normalen Gesetzgebungsverfahren ausführlich damit beschäftigen. Wir können selbst eine Anhörung durchführen und dann umfassend darüber entscheiden.

Aufgrund meiner zu Beginn gemachten Ausführungen zur gesellschaftlichen Entwicklung und zur Anhebung des Renteneintrittsalters in anderen Bereichen ist es aus meiner Sicht aber legitim, dass sich die Landesregierung im Rahmen dieser gesetzlichen Neuregelung auch mit der Thematik des Eintrittsalters in den Ruhestand bei den Feuerwehren beschäftigt hat, und dies – ich wiederhole das hier noch einmal – immer unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen des Dienstes in den Feuerwehren.

Wir werden demnächst einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht bekommen. Dann werden wir natürlich unter Berücksichtigung dieser Diskussionen, die wir hier führen, noch einige Dinge besprechen. Wir werden uns über das Renteneintrittsalter an sich unterhalten. Wir werden insbesondere die Frage diskutieren, ob eine Trennung nach Laufbahnen sinnvoll ist. Außerdem werden wir uns mit den Übergangsfristen beschäftigen.

Deshalb ist unsere Aufforderung: Lassen Sie uns diese Diskussionen gemeinsam im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens führen. Ihre jetzigen Anträge, die diese Diskussionen von vornherein ausschließen, lehnen wir daher ab.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Herr Schnelle. – Es waren noch weitere Zwischenfragen hier angemeldet. Aber Sie hatten ja generell mitgeteilt, keine Zwischenfrage zuzulassen.

(Thomas Schnelle [CDU] nickt.)

Aber es gibt eine Kurzintervention von dem Abgeordnetenkollegen Herrn Lürbke. – Herr Lürbke, Sie haben das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Thomas Schnelle, jetzt haben wir viele Ausführungen gehört. Aber so richtig klar ist mir immer noch nicht, was eigentlich die CDU-Landtagsfraktion in diesem Hause möchte. Deswegen möchte ich Sie bitten, einmal eine ganz einfache Frage zu beantworten. Sind Sie denn jetzt für oder gegen die Erhöhung der Altersgrenze? Bitte beantworten Sie einfach mal kurz diese Frage. – Danke.

(Zuruf: Das war keine Kurzintervention!)

– Fragen hat er nicht zugelassen. Es steht ihm ja frei, zu antworten. – Vielen Dank.

**Thomas Schnelle (CDU):** Wir werden uns im Rahmen der Diskussionen um dieses Gesetzgebungsverfahren intensiv damit beschäftigen. Ich habe erklärt, dass es eine deutliche Abgrenzung zwischen dem Renteneintrittsalter der Feuerwehren und dem Renteneintrittsalter der anderen Beamtinnen und Beamten oder auch der anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geben muss. Ob sie sieben oder sechs Jahre beträgt, werden wir dann in den Diskussionen besprechen. Es gibt Gründe, die für sechs Jahre sprechen. Das werden wir aber im weiteren Prozess erörtern.

(Zuruf von der SPD: Keine Antwort ist auch eine Antwort! – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Es war eine Kurzintervention, keine Frage!)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit für Klarheit und dann vielleicht auch ein bisschen für Ruhe gesorgt wird: Eine Kurzintervention kann natürlich auch eine Frage beinhalten. Es steht dem Abgeordneten frei, ob er darauf eingeht oder nicht. So hat es sich hier auch gestaltet. Es ist also alles in Ordnung.

Jetzt möchte ich gerne für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnetenkollegin Dr. Höller das Wort erteilen und bitte um Ruhe.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Liebe Frau Kavena, ich finde das, was Sie gemacht haben, unredlich. Sie wissen genau, dass wir uns dem gestellt haben. Dann zu behaupten, es sei anders gewesen ...

(Anna Kavena [SPD]: Es stimmt ja nicht!)

Das brauchen Sie gar nicht. Denn wir und die anderen Menschen nehmen Ihnen auch so ab, dass Sie dafür stehen. Dafür müssen Sie nicht unfair werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Anna Kavena [SPD]: Sie waren doch gar nicht da! Das ist doch gelogen!)

– Jetzt bin ich dran. Vielleicht dürfen Sie gleich auch noch mal reden.

Ich hege – das habe ich immer überall gesagt – große Sympathien dafür, dass die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen hier draußen vor dem Landtag im Oktober – als ich da war – und heute bei der Mahnwache auf ihre besonderen Bedingungen und Belastungen aufmerksam machen.

Heute stimmen wir nicht über einen Gesetzentwurf, sondern über zwei Anträge der Opposition ab. Der Gesetzentwurf ist noch nicht eingebracht. Wenn er da ist, dann beraten wir ihn vernünftig. Denn niemand hier macht es sich leicht damit.

Ich möchte allen Feuerwehrmännern und Feuerwehrfrauen sagen: Sie sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie leisten Ihre Arbeit unter besonderen Gefahren und unter enormer körperlicher sowie psychischer Beanspruchung. Dafür haben Sie meinen höchsten Respekt.

Deshalb ist es absolut richtig, dass Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen von der allgemeinen Anhebung des Rentenalters verschont bleiben. Deshalb ist es auch richtig, dass Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen nicht bis zum Rentenregelalter von 67 Jahren arbeiten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Frage, ob das Rentenalter von 60 auf – je nach Laufbahngruppe – 61 oder 62 angehoben werden soll, ist eine schwierige Frage – zumindest dann, wenn man in Regierungsverantwortung ist.

(Anna Kavena [SPD]: Nein, das ist eine ganz einfache Frage!)

Denn dann ist man dafür verantwortlich, dass der Laden läuft. Dann muss man verschiedene Argumente gegeneinander abwägen – in dem Wissen, dass man zu einer Lösung kommen muss, die nie für alle

perfekt ist. Ganz ehrlich: Niemand macht es sich leicht, zu sagen: Jungs und Mädels, wir brauchen euch einfach ein Jahr länger.

Die Lebenserwartung in der Gesellschaft – das hat Thomas Schnelle auch gesagt – hat sich in den letzten Jahrzehnten erhöht. Viele Menschen bleiben länger gesund und fit. In allen Berufen hat sich das Renteneintrittsalter in den letzten Jahren erhöht. Das ist kein Grund zu jubeln, aber eine gesellschaftliche Entwicklung. Angesichts des allgemeinen Anstiegs des Renteneintrittsalters in der Gesellschaft halte ich eine Diskussion über eine moderate Anhebung für vertretbar.

Klar ist aber, dass Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen auch in Zukunft deutlich früher als alle anderen in ihren mehr als verdienten Ruhestand gehen werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir müssen uns überlegen – das ist jetzt unsere Aufgabe als Politik –: Was ist mit denen, die länger arbeiten wollen? Was ist mit denen, die bewusst sagen, dass sie früher gehen wollen, weil sie noch andere Sachen vorhaben? Was ist mit denen, die im höheren Alter nicht mehr an vorderster Front Brände löschen können, aber gerne ihr Wissen und ihre wertvolle Expertise in der Verwaltung einbringen möchten?

Das ist doch nicht schwarz-weiß. Da gibt es ganz viele verschiedene Bedürfnisse und Anliegen. Hier brauchen wir flexible Lösungen. Lassen Sie uns differenziert darauf schauen. Das ist nicht einfach 60, 61 oder 62, sondern viel differenzierter.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es gibt den Fachkräftemangel. Gleichzeitig kommen gerade im Brand- und Katastrophenschutz zusätzliche Aufgaben auf uns zu. Dazu brauchen wir die Expertise und Erfahrung der Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen. Wie können wir sie einbinden? Braucht es dafür neue Strukturen? Können wir gemeinsam bei der Reform des BHKG neue Ideen schaffen? – Es ist jetzt unser Job, das zu machen.

Wenn der Gesetzentwurf eingebracht ist, dann gehen wir in konstruktive Auseinandersetzungen in den Ausschüssen, anstatt möglichst laut zu rufen.

Dass ihr, liebe FDP, laut rufen könnt, habt ihr bei der letzten Mahnwache gezeigt. Wer sollte es denn schon merkwürdig finden, wenn sich FDP-Politiker grölend auf Bühnen stellen und laut rufen, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit mit den Liberalen nicht zu machen ist? Es ist nicht an mir, zu urteilen, ob ihr als FDP bei der Arbeiterbewegung damit glaubwürdig seid. Das werden die Wählerinnen und Wähler tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ihr als FDP habt 2014 den Grund für den Nachwuchsmangel bei der Feuerwehr noch darin gesehen, dass die faktische Wochenarbeitszeit nicht mehr als 48 Stunden betragen dürfe.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Aber so ist das, wenn Parteien ihre gelbe Fahne nach dem Wind hängen. Damals konnte gar nicht lange genug gearbeitet werden, und heute seid Ihr Vorsänger im Arbeitskampf.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn es in die Beratung des Gesetzentwurfes geht, werden wir mit Sicherheit – darauf gebe ich mein Wort – alles tun, um noch Stellschrauben zu finden, wie wir die Rahmenbedingungen für die Feuerwehrleute verbessern können.

Diese beiden Anträge bieten dazu leider keinen konstruktiven Mehrwert. Die Anträge lehnen wir deshalb ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Wagner das Wort.

**Markus Wagner\*** (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele Politiker wollen ja, dass man zu ihnen aufschaut. Dabei sind wir Politiker es, die zu unseren Bürgern, zu unserem Volk, zu unseren Helden des Alltags aufschauen müssten.

Denn es gibt sie noch, diese Helden des Alltags, jeden Tag und überall: die Mutter, die den Alltag organisiert, wenn die Kita zu hat; die Krankenschwester, die sich Zeit für den Patienten nimmt, obwohl das Gesundheitssystem ihr viel zu wenig davon gibt; den Polizisten, der in der Dortmunder Nordstadt gegen die Überzahl der Clanmitglieder eine Festnahme durchführt; diejenigen, die dazwischengehen, wenn in Bussen oder S-Bahnen mal wieder jemand angegriffen wird.

Da könnte ich noch viel mehr aufzählen. Aber heute sind die Helden der Feuerwehren unser Thema. Denn die Frauen und Männer unserer Feuerwehren verdienen nicht nur unseren Dank mit warmen Worten. Warme Worte reichen nicht.

Daher hatten wir Ihnen hier übrigens unseren Gesetzentwurf für eine Wertschätzungsprämie und die Stiftung von Ehrenzeichen für unsere freiwillige Feuerwehr vorgelegt. Die Kosten von gerade einmal 10.000 Euro waren für Sie indiskutabel. Das wollten Sie nicht – ehrlich gesagt, habe ich gedacht: das kann nicht wahr sein –, während gleichzeitig der Ministerpräsident das 14-Fache für sich selbst raus hat: 140.000 Euro für Fotografen und seine Eitelkeit.

Nachdem Sie für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute nichts übrig haben, gehen Sie nun an die Berufsfeuerwehr heran – an die Feuerwehrbeamten. Die Altersgrenze zum Eintritt in den Ruhestand möchten Sie anheben, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Aber das werden Sie damit nicht schaffen. Ich kann Ihnen auch sagen, warum nicht: Wenn Sie die Altersgrenze erhöhen, werden Sie zwar auf dem Papier so viele Feuerwehrleute haben, wie Sie glauben, haben zu müssen. Aber sie sind nicht alle einsatzfähig, weil die Belastung, der Feuerwehrleute ausgesetzt sind, so groß ist, dass viele Feuerwehrleute schon mit Ende 50 kaum noch in der Lage sind, ihren Dienst vernünftig zu verrichten.

Eines der Argumente, das Sie im Innenausschuss für die Erhöhung der Altersgrenze ins Feld geführt haben, war, dass die Angehörigen der Werksfeuerwehren schließlich auch mit 67 in Rente gingen.

Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn Sie sich einmal – abgesehen davon, dass die Werksfeuerwehren a) in der Regel besser bezahlt werden und b) eine wesentlich geregeltere Arbeitszeit haben, als dies bei den Berufsfeuerwehren der Fall ist – das Aufgabenspektrum der Berufsfeuerwehr ansehen würden. Was machen denn unsere Berufsfeuerwehren?

Retten, bergen, löschen, schützen! Retten bei Bränden, Unwettern, Verkehrsunfällen; Bergen von Sachwerten; Löschen von Bränden – es ist ja die ureigenste Aufgabe, mit 30 bis 45 kg Gewicht am Körper die Etagen in den brennenden Häusern hochzuspringen –; Schützen, beispielsweise abwehrende Maßnahmen bei Hochwasser; usw. usf.

Sie machen 24-Stunden-Dienste – davon war bereits die Rede – und Wechselschichten.

Unsere Einsatz- und Rettungsdienste sind vermehrt körperlichen Angriffen ausgesetzt. Das ist in den letzten Jahren ja ein zunehmendes Thema geworden. Immer mehr Feuerwehrleute stehen daher deutlich mehr unter einer physischen und psychischen Belastung.

Die Wochenarbeitszeit wurde schon angesprochen. Was das für die Lebensarbeitszeit bedeutet, wurde auch schon angesprochen. Das müsste hier einmal Berücksichtigung finden.

Ich stelle mir die Frage: Wie wollen Sie eigentlich den Beruf der Feuerwehr attraktiv machen, wenn Sie jetzt mit einer Erhöhung der Altersgrenze daherkommen, auf dem Papier dann genügend Feuerwehrleute haben und damit möglicherweise sogar Stellen blockieren, die neu zu besetzen wären?

Ich habe mir gestern Nacht die Zeit genommen, mit den Feuerwehrleuten, die draußen ihre Mahnwache hielten, zu sprechen, um einmal aus erster Hand zu

erfahren, was diese Menschen bewegt. Das ging bis ca. 1:40 Uhr.

Um Ihnen das einmal deutlich zu machen, möchte ich das hier am Beispiel der Feuerwehr Dortmund plastisch darstellen.

Die Feuerwehr Dortmund hat 2.500 Mitarbeiter bei der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr. Es gab allein in Dortmund 156.061 Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze im Jahr 2022. Das ist alle drei Minuten und 23 Sekunden ein Einsatz.

Halten Sie sich das vor Augen, wenn Sie wissen wollen, welchen Belastungen unsere Feuerwehrleute hier in Nordrhein-Westfalen – insbesondere in den Großstädten, aber auch in den Kreisfeuerwehrbehörden – ausgesetzt sind.

Es gab in Dortmund 2022 drei Brandtote und auch mehr Rettungseinsätze als 2021. Es sieht so aus, dass die Zahl der Rettungseinsätze auch in diesem Jahr steigen wird. Bis Ende Oktober waren es bereits 147.000. So ist abzusehen, dass die Zahl von 156.000 aus dem letzten Jahr überboten werden wird.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur eindrücklich davor warnen, den Feuerwehrberuf unattraktiver zu machen, indem Sie die Altersgrenze erhöhen. Wer länger arbeiten will und kann, dem soll das ermöglicht werden. Aber eine starre Anhebung der Altersgrenze lehnen wir ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung hat der Minister Herr Reul das Wort.

**Herbert Reul, Minister des Innern:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt keinen hier im Saal, im politischen Leben oder in der Gesellschaft, der nicht Respekt und Anerkennung für das hat, was Feuerwehrleute tun. Jetzt können wir uns gegenseitig vorwerfen, wer mehr oder weniger Respekt hat – von mir aus. Ich glaube aber, dass das eine Kategorie ist, die hier überhaupt nicht passt. Vielmehr geht es hier um eine Sachfrage, die zu lösen ist und die auch eingebettet in gesamtgesellschaftliche Debatten gesehen werden muss.

Die Gesellschaft wird älter; die Lebenserwartung steigt, und die Geburtenrate steigt eben nicht. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Darüber diskutieren wir jeden Tag in anderen Themenfeldern.

Es wird immer schwerer, Leute zu bekommen – Thema „Facharbeitermangel“. Gleichzeitig können wir davon ausgehen, dass die Aufgaben nicht weniger werden. Der Arbeitsmarkt insgesamt hat also

weniger Bewerberinnen und Bewerber, die aber die gleichen oder sogar mehr Aufgaben erfüllen müssen.

So ähnlich ist das im Brand- und Katastrophenschutz auch. Und dafür brauchen wir eine Lösung.

Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen sind ungeheuer wichtig, um Menschen vor Gefahren zu schützen. Sie löschen Brände, leisten Hilfe im Falle eines Unglücks oder einer Katastrophe, koordinieren in Leitstellen und beugen vor, damit gar kein Unglück passiert. Deswegen verdienen sie Respekt, Dankbarkeit und hohe Anerkennung. Das ist unstrittig.

Aber dieser Respekt erfordert es auch, dass der aktuelle Zustand der Rechtsunsicherheit aufgrund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts beseitigt wird. Daran kommen wir nicht vorbei. Das müssen wir tun. Wir brauchen Rechtssicherheit. Man kann die Menschen nicht in der Schwebe lassen, sondern muss sagen, was Sache ist. Darum geht es in diesem Gesetzentwurf.

Das ist die Grundlage. Die erste Entscheidung ist also, rechtssichere Regelungen für den Ruhestandseintritt aller Feuerwehrbeamtinnen und -beamten zu schaffen. Dabei geht es um die Frage, ob man eine moderate Altersanhebung vornehmen kann oder nicht.

Manchmal hat man ja den Eindruck, das bedeute den Untergang des ganzen Berufsstandes. Dazu ein paar Zahlen: Wir haben 88.000 freiwillige Feuerwehrleute, die das neben dem Beruf machen. Das gehört auch zur Wahrheit. Zusätzlich sind 5.000 Beamte hauptamtlich tätig. Rund 10.000 sind bei den Berufsfeuerwehren tätig. Außerdem gibt es bei den Werksfeuerwehren, wenn ich das richtig im Kopf habe, auch noch einmal gut 5.000.

Das heißt, dass wir über ganz verschiedene Gruppen diskutieren. Es geht hier also gar nicht um alle Feuerwehrleute. Draußen hat man den Eindruck, wir würden bei allen Feuerwehrleuten die Arbeitszeit um ein Jahr anheben. Das ist ja falsch. Es ist sehr verschieden. Natürlich kann man nie alles eins zu eins vergleichen, aber die Werksfeuerwehren zum Beispiel – Herr Wagner hat recht – haben 67 Jahre; das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Das heißt, auch die Frage muss dann mal beleuchtet werden, wenn man ein Modell findet. Deswegen ist das nicht ganz einfach, aber es ist auch zwingend notwendig, darüber nachzudenken, wie wir uns bei dieser neuen demografischen Lage aufstellen – nicht nur in allen möglichen Bereichen der Berufstätigkeit, sondern eben auch bei Feuerwehr und Rettungswesen.

Die Landesregierung hat einen Vorschlag gemacht, der jetzt in der Verbändeanhörung ist. Es liegt noch überhaupt kein Gesetzentwurf vor. Darüber kämpfen wir jetzt schon monatelang, wochenlang; das ist in Ordnung. Argumente werden ausgetragen, vorgetragen, abgewertet, bewertet oder was. Das ist, was wir jetzt machen.

Am Ende gibt es einen Gesetzentwurf, der kommt dann ins Parlament; dann gibt es wahrscheinlich noch mal Anhörungen und Debatten. Wir sind also noch lange nicht am Ende bei dem, was dabei rauskommt, sondern das ist ein Vorschlag, von dem ich glaube, dass er nicht ganz dumm ist.

Die Feuerwehrleute sind unterschiedlich stark belastet. Sie haben einen unterschiedlichen Status. Wir reden jetzt über die, die das hauptberuflich machen; nur um die geht es jetzt. Das ist ein kleiner Teil und nicht die gesamte Feuerwehr. Die anderen müssen übrigens auch schwere Klamotten tragen. Die müssen auch, wenn sie in Häuser hineingehen, die Atemschutzgeräte und anderes mehr tragen; ich finde, das gehört auch dazu.

Dann gibt es noch eine Gruppe, die gar nicht weit weg davon ist: die Polizisten. Ich habe als Erstes spontan an die Polizisten gedacht. Die haben ein Alter von 62 Jahren; das ist vor mehreren Jahren hier mal erkämpft und festgelegt worden.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Herr Minister, es liegt eine Zwischenfrage vor.

**Herbert Reul,** Minister des Innern: Nein, jetzt mache ich das erst mal zu Ende. Ich kenne das: Sonst läuft mir die Zeit weg. Ich bitte um Entschuldigung, nachher gerne.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Das stimmt ja nicht!)

Es gibt Polizisten, die 62 im Durchschnitt haben. Was machen wir jetzt? Wir erhöhen eben nicht auf 62 für alle – auf die Idee könnte man ja auch kommen –, sondern diejenigen, die besonders stark körperlich gefordert sind – das sind die im mittleren Dienst –, setzen wir auf 61, also ein Jahr mehr; das sind rund 84 % aller hauptamtlichen Feuerwehrleute. Die allerallerallermeisten kriegen also ein Jahr Erhöhung.

Dann gibt es noch die Gruppe des gehobenen und des höheren Dienstes mit 62 Jahren. Ich verstehe im Moment noch nicht so ganz, worin da der Untergang des Abendlandes besteht; das muss ich wirklich sagen. Kann man nicht mal nüchtern und ruhig darüber nachdenken,

(Widerspruch von der SPD)

– nüchtern und ruhig darüber nachdenken, wie man das macht? Wir legen vor und haben ein gestuftes Verfahren von unterschiedlichen Laufbahngruppen in die Debatte gebracht. Das kann man logischerweise natürlich auch anders machen, aber das ist jetzt ein Vorschlag. Die meisten sind davon sehr begrenzt betroffen.

Dass die Polizisten – die Polizeigewerkschaften, muss ich sagen; ich glaube, dass Polizisten das gar

nicht so sehen – diese Debatte jetzt zum Anlass nehmen und sagen: „Dann kommen wir aber auch alle auf 60 runter“, gibt Ihnen vielleicht ein Gefühl dafür, wo das Problem steckt. Kann man in einer Zeit, in der wir alle darüber nachdenken, ob wir nicht länger arbeiten müssen, bei den Gruppen, die zugegebenermaßen eine ganz besondere Herausforderung haben wie Polizisten, Feuerwehrleute usw., einfach sagen: Da ändert sich gar nichts?

(Zuruf von der SPD: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

Oder muss man darüber nachdenken, wie man das klug ändern kann? Wie kann man es vernünftig machen? Was kann man zumuten?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Debatte ist noch lange nicht am Ende, das weiß ich, aber die Debatte ist mir im Moment wirklich viel zu einfach; es ist leider komplizierter. Fragen Sie mal einen Menschen, der auf dem Bau arbeitet oder so, der mit 67 in Rente geht, was der von dieser Debatte hält.

(Beifall von der CDU und den GRÜNE)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herr Minister, Sie hatten angekündigt, eine Zwischenfrage zu beantworten. Frau Müller-Witt hatte den Wunsch der Zwischenfrage, bitte schön.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Herr Minister, es geht um den feuerwehrtechnischen Dienst. Haben Sie sich jemals intensiv mit der Arbeitsbelastung dieser Menschen über einen ganzen Tag oder mehrere befasst?

(Jochen Ott [SPD]: Hat er nicht!)

**Herbert Reul, Minister des Innern:** Nein, Frau Müller-Witt, das habe ich nicht, das gebe ich zu, aber ich vermute, Sie auch nicht.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Doch, einen ganzen Tag!)

– Einen ganzen Tag? Dann nehme ich das sofort zurück und bewundere Sie, weil ich die Zeit nicht hatte, das einen ganzen Tag zu machen.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube übrigens, der Maßstab ist falsch. Ich bestreite überhaupt nicht die außerordentliche Belastung dieser Leute. Genau deshalb haben wir es auch nicht wie bei der Polizei auf 62 für alle gemacht, sondern auf 61. Wir können gerne noch über alle Details streiten, aber ich vermute, die Debatte, die sagt, es bleibt alles so, wie es ist, ist relativ einfallslos und entspricht nicht der Realität der Gesellschaft.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister. Es wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass eine Kurzintervention vorliegt. Die Kurzintervention hat Frau Kollegin Kampmann angemeldet. Sie haben jetzt 90 Sekunden, Frau Kollegin.

**Christina Kampmann (SPD):** Herr Reul, niemand fällt hier darauf rein, dass Sie versuchen, Polizei und Feuerwehr gegeneinander auszuspielen, denn im Gegensatz zu Ihnen waren die Vertreter der Polizei gestern da und haben sich mit den Feuerwehrleuten solidarisiert.

(Beifall von der SPD)

Diese Solidarität hätten wir auch von Ihnen erwartet, denn Sie können sich vorstellen, dass die Feuerwehr nicht die ganze Nacht hier vor dem Landtag war und sich eine wirklich kalte Nacht um die Ohren geschlagen hat, weil ihr das so unglaublich viel Spaß macht.

Ich war gestern nach dem Plenum in der Nacht noch da, und die sagten, Sie wären gerade mit dem Auto vorbeigefahren. Sie geben sich sonst so bürgernah, aber gerade bei diesem Thema, bei der Feuerwehr, weiß ich nicht, ob Ihnen wirklich klar ist, dass Sie gerade einen ganzen Berufsstand gegen sich aufbringen.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern Sie auf: Lassen Sie die Hände weg von der Altersgrenze bei der Feuerwehr.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kampmann. – Der Minister hat jetzt ebenso 90 Sekunden lang Gelegenheit zur Erwiderung. Sie haben jetzt das Wort.

**Herbert Reul, Minister des Innern:** Frau Kollegin Kampmann, ich weiß und schätze, dass die Feuerwehrleute sich für ihre Interessen einsetzen und auch solche Mühen auf sich nehmen. Das schätze ich sehr hoch ein, ohne Streit. Aber ich glaube, einer, der politisch Verantwortung hat, kann nicht nur eine Seite hören, sondern muss sich das Gesamthema angucken und versuchen, eine kluge vertretbare Lösung zu finden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist ein Vorschlag auf dem Tisch, mehr noch nicht; am Ende entscheidet sowieso das Parlament, um das auch klar zu sagen.

Last but not least: Dass die Polizeigewerkschaft gestern da war, ist doch keine Überraschung; ich habe Ihnen das Ergebnis mitgeteilt. Das war nicht nur Solidarisierung mit den Feuerwehrleuten, sondern

gleichzeitig der Hinweis: Wenn ihr auf 60 bleibt, möchten wir auch auf 60 gehen.

(Christina Kampmann [SPD]: Davon haben die aber nichts gesagt!)

Dann kriegen Sie ein Gefühl für das Problem, das Sie da anrichten. Ich glaube, es wäre klüger, das differenzierter zu behandeln.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu den Abstimmungen.

Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/6761 ab. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/6761. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/6761 abgelehnt.**

Wir stimmen zweitens über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/6854 ab. Die Fraktion der SPD hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung zu dem Antrag Drucksache 18/6854 beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Ich bitte Herrn Abgeordneten Müller, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Damit schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. Im Einvernehmen mit den Fraktionen stelle ich die Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zunächst zurück.

Ich rufe auf:

**5 Rückforderungen von „Corona-Soforthilfen“ für Empfänger fair und nachvollziehbar gestalten – Die Landesregierung muss ihren Worten Taten folgen lassen und Rechtssicherheit und Klarheit für alle schaffen!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/6837

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Esser das Wort.

**Klaus Esser\*** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Und heute ganz besonders auch: Sehr geehrte Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmer, kurz gesagt all diejenigen, die sich jeden Tag reinhängen, Arbeitsplätze schaffen, oft ins persönliche Risiko gehen und den Laden am Laufen halten, weil sie wertschöpfende Arbeit verrichten!

Heute ist der 30.11.2023, exakt der Stichtag für über 340.000 Selbstständige in unserem Land, die Coronahilfen zurückzuzahlen, eben jene Coronahilfen, die ursprünglich so dargestellt wurden, als seien sie eine Unterstützung, die gar nicht zurückgezahlt werden müsse. Viele werden diese Rückzahlung gar nicht leisten können, denn die unverhältnismäßigen Coronaeinschränkungen und teils völlig wirren Gängelungen waren nur die eine Seite, und die war schon hart. Aber die jetzige Wirtschafts-Energie-Inflationskrise oder – kurz – die Wir-werden-einfach-ziemlich-dumm-regiert-Krise bricht vielen endgültig finanziell und existenziell das Genick.

Ich stand bereits vor einigen Monaten hier und habe auf Antrag der AfD-Fraktion auf dieses Problem hingewiesen. Damals war bereits klar, dass zumindest der weitaus größte Teil der Bescheide rechtswidrig ergangen ist. Man erklärte unseren Antrag wie gewöhnlich für unnötig, gab aber zumindest zu, dass es hier tatsächlich ein Problem gebe, und versprach, sich zu kümmern. Nun befinden wir uns hier, wenige Monate später, heute läuft die Zahlungsfrist ab, und was ist seitens der Verwaltung oder seitens der Landesregierung passiert? Gar nichts. Haben Sie Ihre Versprechen gegenüber den Selbstständigen gehalten? Natürlich nicht. Es wäre auch das erste Mal und hätte mich persönlich auch schwer gewundert.

Aber etwas ist passiert, es haben nämlich unsere Verwaltungsgerichte entschieden, und zwar dass die meisten Schlussbescheide oft mit Rückforderungen von mehreren Tausend Euro rechtswidrig sind. Aber statt entsprechend der geltenden Rechtslage zu handeln, versucht die schwarz-grüne Regierung lieber, sich mit juristischen Taschenspielertricks herauszuwinden wie ein Aal. Grüne und CDU wollen den Selbstständigen weitere Gerichtsverfahren zumuten. Beispielhaft auch für die anderen sagte damals in der Debatte die grüne Wirtschaftsministerin Mona Neubaur – Zitat –: Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Als Landesregierung prüfen wir, die Klagen vor die höhere Instanz des Oberverwaltungsgerichts zu bringen.

Im März dann urteilte das OVG Münster – ich zitiere nach tagesschau.de –: